

NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Revisionsausschuss
am 13.06.2007**

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz : Stv. Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 18/07, 19/07, 20/07, 21/07

(Drucksachenband 119)

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 23/07

(Drucksachenband 120)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem.

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

§ 53 HGO fest.

Tagesordnung siehe Anlage 3

Veröffentlichung siehe Anlage 4

Presseberichterstattung siehe Anlage 5

Tagesordnung

0067 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

einstimmig

Die nachfolgenden Punkte (Beschlüsse Nrn. 0068 – 0075) werden ohne Aussprache abgestimmt.

0068 07-F-22-0002
Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

einstimmig

0069 07-F-01-0064
Autounfälle mit ELW-Müllfahrzeugen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.06.2007 -

einstimmig

0070 07-V-66-0207
Bau einer Fußgängersignalanlage Schiersteiner Straße / Asklepios Gesundheitszentrum

einstimmig

0071 07-V-66-0309
Öffentliche Straßenbeleuchtung;
Austausch von alten Lampen gegen energiesparende Natriumdampf-Hochdrucklampen

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

einstimmig

0072 07-V-05-0004
Weiterentwicklung der Informationstechnologie - eGovernment-Masterplan 2007-2009
und eGovernment Labor

Enth. BLW

0073 07-V-51-0014
Umstrukturierung der Kindertagesstätte der Lebenshilfe

einstimmig

0074 07-V-51-0015
Ersatzneubau für die Liegehalle, Neugestaltung des Eingangsbereiches und Einrichtung
einer Krippengruppe in der städtischen Kindertagesstätte Hasengartenstraße 48

einstimmig

0075 07-V-36-0019
Nahwärmeinsel "Kleine Schwalbacher Straße"- gespeist durch Thermalwasser

einstimmig

0076 07-V-30-0002
Versicherungswesen

Zum Sitzungszug nach der Sommerpause wird ein Bericht erwartet. Der Punkt kommt erneut zum
Aufruf, wenn der Fachbereich berichten kann.

einstimmig

0077 07-A-19-0003
Genehmigung von Niederschriften
Stv. Schäfer erinnert Herrn Stadtrat Grella an die schriftlich vorzulegende Antwort zum Antrag
"Leiharbeiter". Dieser sagt den Bericht zum nächsten Sitzungszug zu.

einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0078 **07-F-01-0063**
Haushaltsumstellung
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.06.2007 -

Herr Schäfer (Leiter der Kämmerei) bittet um Klarstellung, ob zu dem Antrag lediglich über den Haushalt oder über das Gesamtprojekt inteR berichtet werden soll.

Vors. Tollebeek bittet darum, eine Schätzung zum Gesamtprojekt vorzulegen, wobei nach Aussage von Stv. Dr. Goßmann auch ein Prozentsatz ausreicht.

Der Antrag wird einer entsprechenden Klarstellung angenommen.

einstimmig

0079 **07-V-40-0010**
Oranienschule; Fortführung Sanierung / Umsetzung Raumprogramm - Freigabe 1. Rate -

Stv. Reitz fragt nach, wie es denn sein könne, dass bei einer solch umfangreichen Planung jetzt plötzlich Mehrbedarf entstehen könne.

Herr Spix (Hochbauamt) berichtet dazu, dass es z.B. Auflagen der Feuerwehr gäbe, die vorher nicht eingeplant werden konnten.

Was jetzt an der Schule gemacht würde, seien praktisch Restarbeiten an den Gebäuden. Man habe insg. 25.000 € Planungskosten veranschlagt, die aber dem aktuellen Stand angepasst werden musste. So sollte erst dann das rechte Gebäude saniert werden, wenn das linke fertiggestellt war. Die abschließende Planung dazu konnt nicht vorab erstellt werden.

Stv. Dr. Goßmann stellt lobend fest, dass die Vorlage fast der neu eingeführten standardisierten Hochbauvorlage entspräche. Es fehle lediglich eine Aussage zu best und worst case, was man zukünftig noch berücksichtigen sollte.

Stv. Koch erinnert daran, dass man schon in früheren Sitzungen über Mehrkosten, die durch Feuerwehrauflagen entstehen, diskutiert habe. Er geht davon aus, dass man diese Kosten von vorne herein einplanen könne.

Herr Spix weist darauf hin, dass die Vorplanung in der Regel Grundlage der Haushaltsanmeldung ist. Erst zu einem späteren Zeitpunkt (Leistungsphase 3 und 4) werden z.B. die Feuerwehr u.a. eingeschaltet, was natürlich zu Ungenauigkeiten im Kostenbereich führen kann, wenn dann Auflagen zu erfüllen sind.

Er bittet aber um Verständnis dafür, dass gerade in diesem Fall lediglich Brandschutztüren eingebaut werden mussten und damit höhere Kosten umgangen werden konnten, die durch das eigentlich notwendige weitere Treppenhaus entstanden wären.

Stv. Klüssendorf hakt nach und bittet um Aufklärung darüber, warum man nicht schon in der Vorplanung Brandschutzmaßnahmen u.ä. berücksichtigen könne.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Spix weist darauf hin, dass man dann bereits im Vorhinein mehr Zeit und Geld benötigen würde. Aktuell werde z.B. beim Bürgerhaus Erbenheim alles vorher geprüft, was zum jetzigen Zeitpunkt denkbar ist, aber bei dieser Maßnahme habe man einfach auch genügend Zeit dafür.

Stv. Dr. Goßmann berichtet zu dieser Baumaßnahme, dass diese bereits 1990 geplant wurde und man hier Verständnis für die Entwicklung haben müsse. In Zukunft würde aber mehr Geld für die Planung bereit gestellt. Die Politik müsse mehr Geld und Zeit zur Verfügung stellen, um eine "ordentliche Planung" von Sanierungsmaßnahmen sicher zu stellen.

Vors. Tollebeek weist abschließend darauf hin, dass es einen Unterschied gibt zwischen Kosten die klar ersichtlich sind und Kosten, die unvorhersehbar auftreten. Die Politik wolle, dass in die Vorplanung alles mit einfließe, was Kosten verursachen kann. Man müsse im Vorfeld mit der Feuerwehr, dem Umweltamt, der Denkmalschutzbehörde usw. klären, ob aus diesen Bereichen Auflagen zu erfüllen sind und was diese kosten.

Man wolle zwar nicht bei jeder Sanierungsmaßnahme ein Jahr auf die Umsetzung warten und wirklich alles zu 100 % ausschließen können. Aber mit den städtischen Bereichen sollte man doch in der Regel klären können, was nach gesundem Menschenverstand an Problemen auftauchen kann.

einstimmig

0080 07-V-40-0017 Dachsanierung Hermann-Ehlers-Schule

Stv. Koch fragt zu den Ausführungen von Herrn Stadtrat von Scheidt nach, ob es zutrifft, dass bereits 1 Jahr nach Fertigstellung der Sanierungsmaßnahme Mängel aufgetreten sind und ob es eine Mängelgewährleistungsbürgschaft gab. Wenn dies verneint würde, warum gab es keine solche Bürgschaft?

Herr Pohlenz (Leiter des Schulamtes) kann dazu keine Auskunft geben.

Herr Spix (Hochbauamt) berichtet, dass es heute solche Bürgschaften gäbe, weil viele Firmen konkurs gehen, dies aber in früheren Jahren nicht so regelmäßig betrieben wurde.

Auf weitere Aufklärung verzichtet Stv. Koch.

Stv. Dr. Goßmann bittet um Klärung folgender Fragen:

1. Das Architekturbüro hat sich nicht sofort nach dem Konkurs aufgelöst, sondern noch die Abnahme durchgeführt. Wann ist das Architekturbüro untergegangen?
2. Warum gab es bei einer Sanierungsvorlage mit einem Umfang von 350.000 € keine zeitliche Einschätzung?

Herr Spix berichtet, dass der Abriss in den Sommerferien durchgeführt werden solle und die Maßnahme nach ca. 2 – 3 Monaten beendet sein soll.

Herr Löber weist zusätzlich darauf hin, dass es schwierig sein dürfte, Informationen zu der Maßnahme zu erhalten, da diese 1993 anfiel. Das Archiv von 14 reichen 10 Jahre zurück. Die Archivierung bringe einfach ein Platzproblem mit sich, so dass kein längerer Zeitraum für die Aufbewahrung möglich sei.

Von einer weiteren Detailprüfung wird abgesehen.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

einstimmig

0081 **07-V-20-0024**
Investitionscontrolling 1. Quartal 2007

Stv. Koch stellt fest, dass die ist-mäßige Verausgabung bei den Investitionsmaßnahmen unterdurchschnittlich ist und fragt nach, wie die 10 größten Projekte pro Dezernat ausgewählt werden.

Herr Schäfer (Leiter der Kämmererei) berichtet, dass die Dezernate in der Regel die für sie wichtigsten 10 Projekte melden. Die ELW finde man in der Aufstellung nicht. Stadtrat Grella habe z.B. nicht mehr als 2 Projekte.

einstimmig

0082 **07-V-20-0026**
Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt
Wiesbaden 2005

Der Bericht ist den Stadtverordneten nicht zugegangen. Er lag Amt 16 nicht vor.

Der Punkt kommt in der nächsten Sitzung des Ausschusses zum Aufruf.

einstimmig

0083 **07-V-80-2323**
Offene Forderungen aus der Stellplatzanmietung - Bereitstellung von apl-Mitteln

Herr Weber (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften - 80) berichtet zu der Vorlage, dass der Bereich der Parkplatzbewirtschaftung dem Hochbauamt zugewiesen wurde. Der Pachtvertrag wurde mit der Fa. Inno-Park noch von 80 geschlossen.

Es bestehen Unklarheiten, welche Karten von welchen Personen genutzt werden. Einige Karten waren gesperrt. Es sollten aber nur aktive Karten abgerechnet werden usw.. Der Betreiber hatte sich lange nicht gerührt, was die Klärung nicht vereinfacht hat.

In Zukunft sollen die Fachbereiche selber die Verträge über die Parkplatzanmietung abschließen.

Es besteht ein zentraler Pool mit 49 Stellplätzen, daneben wurden aber auch Verträge mit den Fachbereichen geschlossen.

Unklar war auch, was wurde für welche Parkplätze im einzelnen gezahlt.

Nicht nur Mitarbeiter des Hochbauamtes sondern auch Rathausmitarbeiter haben Karten für das Parkhaus. Die Karten der Stadtverordneten sind in der aktuellen Aufstellung nicht vermerkt.

Zukünftig kann jeder Fachbereiche/jedes Amt selber entscheiden, ob und in welcher Höhe Verträge für Parkplätze abgeschlossen werden.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

einstimmig

0084 07-V-51-0011

Investitionszuschuss für den Neubau des Waldorfkindergartens e. V.

Stv. Dr. Goßmann geht davon aus, dass man bereits bei der Besichtigung des Geländes, das für den Neubau genutzt werden soll hätte sehen müssen, dass es sich um Sumpfgelände handelt. Er hält es für sinnvoll, zukünftig Protokolle über die Begehung zu erstellen, aus der auch die beteiligten Personen hervorgehen.

Herr Weber (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) erklärt, dass die Pressemitteilungen übertrieben waren. Es hätte kein belastetes Material gegeben, das abgetragen werden musste.

Stv. Schäfer fragt nach, warum das Sozialdezernat die Kosten tragen müsse, obwohl nach ihrer Meinung die Bereitstellung des Grundstücks ein Liegenschaftsproblem darstellt.

Herr Schäfer (Leiter der Kämmerei) erklärt, dass der Fachbereich das Grundstück benötigte und von daher auch die Kosten tragen müsse. Der Verein nähme lediglich Aufgaben wahr, die eigentlich der Stadt obliegen.

Der Revisionsausschuss stimmt der Vorlage vorbehaltlich der Zustimmung des Sozialausschusses zu.

einstimmig

0085 07-V-41-0009

Wartburg Wiesbaden/ Durchführung von Sanierungsmaßnahmen

Stv. Dr. Goßmann fragt nach, wann denn mit der endgültigen Sanierung der Wartburg gerechnet werden kann. Er hätte gern ein Auflistung über die Kosten der Komplettsanierung. Bei dem überhöhten Einkaufspreis und den hohen Sanierungskosten war es keine gute Entscheidung, die Wartburg in städtischen Besitz zu nehmen.

Es wird eingehend über die in der Vorlage aufgeführten Varianten der Sanierung diskutiert. Die jetzt favorisierte Variante ist im Verhältnis die kostengünstigste. Dadurch sei eine Sanierung möglich, die auch die Nutzung des Gebäudes ermögliche

Herr Schäfer (Leiter der Kämmerei) weist darauf hin, dass die jetzige Vorlage über 1,2 Mio € entschieden habe, um einen sinnvollen Sanierungsabschnitt zu realisieren. Der Rest sei Sache der Haushaltsplanberatungen. Man könne ja evtl. auch zu der Überzeugung kommen, dass man doch einer kommerziellen Nutzung der Wartburg zustimmen sollte. Darüber sei aber bisher keine Vorentscheidung getroffen worden.

Stv. Dr. Goßmann fragt nach, was denn passiert, wenn nach dem jetzigen Sanierungsabschnitt (1,2 Mio €) die Entscheidung fällt, überhaupt nicht weiter zu sanieren.

Herr Schäfer berichtet, dass das Hess. Staatstheater mit eigenen Handwerkern das Gebäude einigermaßen in Schuss hält. Wenn die jetzige Vorlage nicht beschlossen würde, könnte man überhaupt nicht mit einer Sanierung anfangen, wobei nach Einwurf des Hochbauamtes im

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

augenblicklichen Zustand des Gebäudes keine Garantie für die Verkehrssicherheit übernommen werden kann. Man ist praktisch gezwungen zu sanieren.

Der Ausschuss stimmt den Magistratsbeschluss nach Punkten ab, wobei die Punkte 2.3 und 3.1. vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Kultur und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung beschlossen werden.

Der Ausschuss weist ausdrücklich darauf hin, dass der Vorbehalt der Zustimmung keine inhaltlichen sondern formale Gründe hat.

einstimmig

0086 **07-V-64-0004**
Übersicht über die Architekten- und Ingenieurleistungen im Hochbaubereich in den Jahren 2004 - 2006

Der vorgelegte Bericht wird zur Kenntnis genommen. Insofern ist die Nachfrage erledigt.

einstimmig

0087 **07-F-01-0008**
Übersicht über die Architekten- und Ingenieurleistungen im Hochbaubereich
- mdl. Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.01.2007 -

Der Antrag wird auf Nachfrage des Ausschusses durch Beschluss dahingehend erweitert, dass nicht nur das Hochbauamt, sondern der Gesamtkonzern Stadt nunmehr gebeten wird, über die beauftragten Architekten- und Ingenieurleistungen zu berichten.

einstimmig

0088 **06-F-01-0104**
Kosten des Gewerbegebietes Petersweg Ost in Mainz-Kastel
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.10.2006 -

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Bericht zum Dringlichkeitsantrag bisher nicht erstellt werden konnte und wird den Punkt in seiner Sitzung am 05.09.2007 erneut aufrufen.

einstimmig

0089 **06-V-82-0005**
Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der Kurbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Wossidlo (Kurdirektor) berichtet, dass das Opelbad gut da stehe. Die Besucherzahlen der Kaiser-Friedrich-Therme gingen allerdings weiter zurück, da die Konkurrenz durch andere Bäder in der näheren Umgebung sehr hoch sei. Ab 01.09.2007 werde man zu einer neuen Tarifstruktur übergehen. Durch eine Reduzierung der Eintrittspreise hoffe man, andere Besuchergruppen ansprechen zu können. Man würde außerdem über Aktionen nachdenken (z.B. 10-Karte – aber 12 Eintritte). Es sei ein leichter Anstieg bei den Anwendungen zu verzeichnen. Man hoffe, in der Wintersaison bei den Besucherzahlen aufzuholen. Er weist darauf hin, dass die Bäder im allgemeinen Probleme hätten. So sei trotz Energieeinsparung keine Kostenersparnis zu verzeichnen, weil die Energiekosten explodiert seien. Für die Nutzung des Opelbades ist das Wetter ausschlaggebend. Die dortigen städtischen Mitarbeiter werden im Winter angeweitig eingesetzt, so dass für den Sommerbetrieb keine weiteren Mitarbeiter eingestellt werden müssten. Trotzdem sei die Personalsituation unbefriedigend, weil die Mitarbeiter aufgrund der tradierten Verträge nicht flexibel genug einsetzbar sind. Hinzu kämen Probleme mit dem Thermalwasser, welches durch seine Aggressivität das Fliesenmaterial sehr beansprucht.

Stv. Reiß fragt nach, ob man bei der Kaiser-Friedrich-Therme noch über andere Anreize nachgedacht habe.

Herr Wossidlo erklärt, dass das Bad darunter leide, dass es keinen Freibereich gäbe. Man versuche, dieses Problem evtl. dadurch zu lösen, dass man in Höhe gehe. Im Moment würden Gespräche darüber geführt, ob man eine Freifläche von 12 m² dazu gewinnen kann.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass in naher Zukunft eine Vorlage den Magistrat erreichen werde, die die Gesamtsituation der Bäder beleuchte.

einstimmig

0090 Verschiedenes

Herr Giegericht (Leiter OB-Büro) informiert den Ausschuss darüber, dass Herr Edel (Leiter Revisionsamt) mit Ablauf des 31.05.2007 in den Ruhestand versetzt worden sei. Die Nachfolge ist noch nicht geregelt.

einstimmig

Ab 18.50 Uhr wird die Sitzung bis zum Ende nicht öffentlich weitergeführt.

0091 05-F-02-0055

Kommunales Forderungsmanagement - HIER: Projekt Überleitung/Aufarbeitung von Sozialhilfeakten - Mdl. Bericht des Sozialdezernates

Herr Betz (Amt für Soziale Arbeit) berichtet, dass die seinerzeit gezahlten Darlehen nach Ermessen gezahlt wurden und dass die jetzt praktizierte Einbehaltungspraxis/Rückforderung rechtlich nicht ganz abgesichert sei. Nach neueren Erkenntnissen sei eine nochmalige Bewertung der gesamten Angelegenheit notwendig.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nach seiner Auffassung ist in 80 – 90 % der Fälle die Darlehenszahlung ermessensfehlerhaft gewesen. Der Anspruch auf eine Hilfe habe zwar bestanden. Ein Darlehen hätte allerdings nur gezahlt werden dürfen, wenn in absehbarer Zeit mit einer Rückzahlung durch die Darlehensnehmer zu rechnen gewesen sei. Ein erheblicher Teil der Darlehensempfänger sei aber auch noch heute SBG-2-Bezieher. Die Praxis der Darlehensgewährung wurde bis 2004 praktiziert. Die weitere Vorgehensweise müsse mit dem Rechtsamt geklärt werden. Denkbar sei z.B., dass die Darlehen evtl. nachträglich in Beihilfen umgewandelt werden. Man könne aber auf keinen Fall mit der Rückforderung so weiter machen wie in der vergangenen Zeit.

Nach dem SBG-2 dürfen nur ganz bestimmte, festgelegte Dinge von den Leistungen einbehalten werden. Dazu gäbe es auch Gerichtsurteile. SGB-2-Leistungen seien z.B. auch nicht pfändbar.

Vors. Tollebeek fragt nach der Zahl der bisher geprüften Akten.

Herr Betz weist darauf hin, dass die Zahlen nicht fortgeschrieben werden können. Man müsse zunächst die Rechtslage klären und dann einen Weg finden, wie mit den Einbehaltungen umgegangen werden muss.

Auf Nachfrage von St. Klüssendorf berichtet Herr Betz, dass 7 – 9 Personen in dem Projekt gearbeitet haben und Personalkosten i.H.v. 952.000 € angefallen sind, wobei die Personen aus anderen Bereichen zur Verfügung gestellt wurden, d.h., sie hätten auf jeden Fall bezahlt werden müssen.

Der Ausschuss beschließt folgenden Fragenkatalog und bittet um schriftliche Beantwortung bis zur Sitzung des Ausschusses am 05.09.2007:

1. Wie viel % der ausstehenden Akten konnten zum 01.01.2007 abgearbeitet werden?
2. Welche Forderungen daraus wurden als ausständig ermittelt?
3. Welche Forderungen wurden eingezogen?
4. Wie hoch war der Aufwand für diese Tätigkeiten?

einstimmig

0092 **07-V-20-0029**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2007

Herr Schäfer fragt nach, ob die Berichterstattung auch zukünftig in dem vorliegenden Umfang erfolgen soll.

Vors. Tollebeek bejaht dies und geht davon aus, dass die Unterlagen absolut vertraulich behandelt werden.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die Berichterstattung zukünftig lediglich den Revisionsausschuss erreichen soll.

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Auf Nachfrage von Stv. Koch berichtet Herr Schäfer, dass der Beteiligungsbericht auch zukünftig nicht schneller erstellt werden kann.

Nach Hinweis von Frau Taust (Revisionsamt) wird der Magistrat durch Beschluss gebeten, die fehlenden Quartalsberichte für WiBus, WTI und Kurbetriebe unverzüglich nachzuliefern.

einstimmig

0093 **06-A-19-0008**
Prüfung der Jahresrechnung - Prüfgruppentätigkeit

Es liegt ein Zwischenbericht des Revisionsamtes zu Kassenprüfungen im Hauptamt und im Seniorentreff Adlerstraße vor.

Nach Aussagen von Herrn Löber hat es keine großen Probleme gegeben, die Prüfungen waren sehr zufriedenstellend.

Die Prüfung des Umweltladens steht noch aus. Der Amtsleiter des Umweltamtes hat mit den Amtsleitern des Revisions- und Kassen-/Steueramtes klären wollen, ob es für die Prüfung des Umweltladens eine Sonderlösung geben könne.
Die Prüfung dort wird aber auf jeden Fall auch unvermutet stattfinden.

einstimmig

0094 **07-A-19-0006**
Steuerung von Schulsanierungsmaßnahmen

Der Bericht des Magistrats zur Schule für Praktisch Bildbare hat den Ausschuss erst zu Sitzungsbeginn erreicht und gilt als eingebracht. Er wird Gegenstand der Tagesordnung der nächsten Sitzung sein.

einstimmig

0095 **07-A-19-0007**
Unregelmäßigkeiten im Sozialamt

Vors. Tollebeek informiert den Ausschuss über ein Schreiben, das er von dem Leiter des OB-Büros erhalten hat.

Dort werden Doppelzahlungen von Sozialhilfeleistungen dargestellt, zu denen Herr Löber und Herr Betz Stellung nehmen.

Herr Löber berichtet, dass das Kassen- und Steueramt bisher ohne Vorlage einer unterschriebenen Auszahlungsanordnung Sozialhilfeleistungen ausgezahlt hat, so dass der Fehler hauptsächlich beim Kassen- und Steueramt zu suchen ist.

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 13.06.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Das Amt für Soziale Arbeit hat einen Zugriff auf den Server des Kassen- und Steueramtes. Am 16.05.07 wurden 460 Überweisungen angestoßen, die am 24.05.07 ein zweites Mal zur Auszahlung kamen.

107.000 € sind an Institutionen gegangen, 230.000 € an Hilfeempfänger. Die Rückforderung der an die Institutionen doppelt überwiesenen Beträge dürfte unproblematisch sein. Die Rückforderung bei den Hilfeempfängern bleibt abzuwarten.

Bisher steht fest, dass der Mitarbeiter des Amtes für Soziale Arbeit die gleiche Datei noch einmal gespeichert hat, dazu gab es einen Datenbegleitschein und eine zusätzliche E-Mail an das Kassen- und Steueramt. Die Namen der Dateien am 16.05. und 24.05. waren identisch. Die 1. Datei war bereits an die Naspa weitergeleitet worden.

Die Protokolle auf dem Server geben keine genauen Daten her.

Die Doppelzahlung ist nach Mitteilung von Herrn Giegerich von einer Hilfeempfängerin gemeldet worden.

Nach Mitteilung von Herrn Betz haben sich insgesamt 5 Personen gemeldet und über die Doppelzahlung berichtet.

Es konnte bisher nicht eindeutig nachvollzogen werden, wie der Fehler entstehen konnte. Was fest steht ist die Tatsache, dass ohne Auszahlungsanweisung Zahlungen vorgenommen wurden.

Der Ausschuss erwartet zur nächsten Sitzung einen schriftlichen Bericht, der darauf eingeht, warum ohne Auszahlungsanordnung Zahlungen erfolgen konnten, wie die Umbenennung der Dateien zu Stande kommen konnte und wieso die Transaktionen auf dem Server nicht durch Protokolle nachvollzogen werden können.

einstimmig

Wiesbaden, . August 2007

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Koch

Koba